



Öffentliche Fraktionssitzung zum geplanten Kraftwerksneubau in Rummelsburg und Debatte in der BVV

„Wir sind nicht für Vattenfall da, Vattenfall ist für uns da!“

von Peter Müller, Sprecher für Wirtschaft und Arbeit der SPD-Fraktion Lichtenberg

Das war der Tenor mit dem Manfred Becker, Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg, die öffentliche Sitzung seiner Fraktion zutreffend zusammenfasste.

Insgesamt zwei Stunden war zuvor mit Bürgerinnen und Bürgern im gut gefüllten großen Saal des Kulturhauses Karlshorst in konstruktiver Atmosphäre über die bisher bekannt gewordenen Vorstellungen des Energieversorgers Vattenfall diskutiert worden.

Zu Beginn hatten die eingeladenen Experten **Daniel Buchholz, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Andreas Geisel, stell. Bezirksbürgermeister Lichtenbergs sowie Stadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr** kritisiert, dass immer noch keine offiziellen Pläne zum Kraftwerksneubau an sie herangetragen worden seien. Daniel Buchholz

erinnerte zudem an die eindeutigen Aussagen des Klimaberichts der Vereinten Nationen: „Wenn wir nicht unverzüglich umsteuern, werden die Auswirkungen des Klimawandels auch bei uns in Berlin und Brandenburg dramatisch sein. Wenn die Firma Vattenfall bereit ist, eine Milliarde Euro für das neue Kraftwerk zu investieren, dann sollte sie dieses Geld lieber für effiziente Maßnahmen ausgeben, die dem zukünftigen Energiemix der Bundesrepublik entsprechen.“ Er schlug Vattenfall vor, 30 % des Geldes in

Berlin für erneuerbare Energien auszugeben und weitere 20 % für Energiesparmaßnahmen. Die restlichen 50 % könnten dann in den Kraftwerksneubau – nur in viel kleineren Dimensionen – gesteckt werden.

Andreas Geisel erläuterte den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern anhand von Fotomontagen zunächst die städte-

sei. Nicht außer Acht zu lassen seien auch Aspekte der Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit preiswerter Heizwärme und Energie. **Dimension und möglicher Energieträger des neuen Kraftwerkes würden erst am Ende eines längeren Diskussions- und Abwägungsprozesses – unter Einbeziehung des Versorgers Vattenfall – feststehen.** Für die

Moderation dieses Prozesses kommen Fachleute für umweltgerechte Energieerzeugung der FHTW in Frage. Aus den Reihen der Zuhörerschaft wurde vorgeschlagen dazu ein Mediationsverfahren durchzuführen. Die SPD-Fraktion wird prüfen, ob sie dies bei den zuständigen Stellen anregen wird.

Fazit: Das Kraftwerk Klingenberg, das seit 1927 in Betrieb ist, muss dringend modernisiert, bzw. erneuert werden, wenn wir sicherstellen wollen,

das die Lichtenberger auch weiterhin ihre Wohnungen beheizen können. Natürlich wollen alle eine möglichst umweltfreundliche Lösung. Doch ob die von den Grünen in der BVV angedachten Alternativen ein Kraftwerk wirklich ersetzen können und wenn ja, ob die Heizkraft dann für die Bürger auch bezahlbar bleibt, ist völlig ungeklärt. Ergo hatten sich die demokratischen Parteien im Wirtschaftsausschuss der BVV auf einen Kompromiss geeinigt. Ein Kompromiss im Übrigen, der von folgenden



Das Podium v. links n. rechts: Daniel Buchholz, Manfred Becker, Andreas Geisel

baulichen Dimensionen des geplanten Kraftwerks und bekräftigte, **dass es der Bezirk Lichtenberg sein sollte und nicht der Senat, der das Bebauungsverfahren durchführt, um seine städtebaulichen Einflussmöglichkeiten und die damit verbundene Bürgerbeteiligung nicht aus der Hand zu geben.** Dies fand die ungeteilte Zustimmung des Auditoriums. Er wies aber auch darauf hin, dass damit das Kraftwerk nicht grundsätzlich verhindert werden könne, zumal die emissionschutzrechtliche Genehmigung von der Landesebene zu erteilen

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Prämissen ausging: Der Brennstoff muss bezahlbar, die Umweltbelastung minimiert und die städtebaulichen Dimensionen vertretbar sein. Ein Kompromiss also, der

Mit 25 zu 25 Stimmen **scheiterte dann in der Mai-Sitzung der BVV ein neuer gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei.PDS, in dem erneut ein Nein zum Einsatz des Brenn-**

organisieren, so dass alle damit zusammenhängenden Probleme einbezogen werden. **Dieses Abstimmungsergebnis hält den Bezirk Lichtenberg diskussions- und handlungsfähig und vermeidet eine frühe, endgültige Festlegung gegenüber dem Strom- und Wärmeversorger ohne jegliche Verhandlungsspielräume.** Bei allem Verständnis für die Sorge um die Klimabelastung durch CO²-Emissionen bei der Verbrennung fossiler Energieträger – die die SPD ausdrücklich teilt – werfen wir Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei.PDS vor, nicht sehen zu wollen, dass sie mit einem hurtigen Nein zur Kohle den Bezirk in die Handlungsunfähigkeit und Zuständigkeitsverlust an den Senat stürzen würden.

Die Linkspartei.PDS sollte sich überlegen, ob sie ihrer Verantwortung für unseren Bezirk gerecht wird, wenn sie in der Kraftwerksfrage auf Konfrontation und auf knappe, zufällig zu Stande gekommene Mehrheitsentscheidungen setzt, die niemanden beeindrucken.

Die SPD wirbt für einen breiten Konsens in der BVV, der uns in der Kraftwerksfrage gegenüber Vattenfall stark macht. In diesem Sinne werden wir uns auch weiterhin mit all unserer Kraft dafür einsetzen, dass die Diskussion um das Kraftwerk Klingenberg weitergeht und zwar konstruktiv und sachlich im Sinne unser Bürgerinnen und Bürger.

Pressemitteilungen aus dem Hause



Baustadtrat Andreas Geisel erläutert die möglichen Dimensionen des Kraftwerks.

ziemlich exakt den Tenor der öffentlichen Fraktionssitzung widerspiegelte und der im Wirtschaftsausschuss auch die Stimmen von Linkspartei.PDS und Bündnis 90/Die Grünen erhielt. Man hätte also davon ausgehen können, dass auch die Mitglieder des Umweltausschusses diesem Papier zustimmen werden, damit der Bezirk mit einer Stimme gegenüber Vattenfall spricht. Doch in diesem Ausschuss kam es zum Eklat. **Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei.PDS verließen die vereinbarte Linie und brachten einen neuen Beschlussantrag ein, der die Diskussion mit Vattenfall mit einem Unabänderlichen Nein zur Kohle eröffnen würde.** Weder die CDU noch wir waren bereit, dem veränderten Antrag zu folgen, schließlich gab es bereits einen von der Mehrheit getragenen Beschluss. Unabhängig von CDU und SPD stimmten auch die Verordneten der NPD gegen den neuen Antrag, der damit zum Scheitern verurteilt war. Flugs unterstellten uns die Grünen ein Bündnis mit der NPD. Eine unglaubliche Dreistigkeit! Das ist genau das, was demokratische Parteien nicht machen sollten: im Falle einer Abstimmungsniederlage den Gewinnern ein Zusammenarbeit mit der NPD zu unterstellen und damit letztlich alle Demokraten zu schwächen.

stoffs Kohle festgeschrieben werden sollte. Im Gegenzug wurde ein von der SPD mit getragener Antrag der CDU-Fraktion mit 26 zu 25 Stimmen angenommen. Dieser verpflichtet das Bezirksamt in Kooperation mit dem Senat und der Vattenfall Europe Berlin einen von der



Gut gefüllter Saal im Kulturhaus Karlshorst.

FHTW moderierten **transparenten Diskussionsprozess mit Bürgerschaft und Umweltverbänden** zur Kraftwerksfrage zu

Vattenfall konnte man entnehmen, das auch dort ein Nachdenken über das Kraftwerk begonnen hat.

Prekäre Lage des Bezirkshaushaltes

Umsteuern, um handlungsfähig zu bleiben!

von Gerrit Deutschmann, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Der Jahresabschluss 2006 des Lichtenberger Bezirkshaushalts fiel unerwartet negativ aus. Binnen eines Jahres hat der Bezirk Schulden in Höhe von 15,7 Millionen € angehäuft, die unsere Handlungsfähigkeit in den nächsten Jahren stark einzuschränken drohen.

Die SPD-Fraktion hatte deshalb einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eingebracht, der von der deutlichen Mehrheit mitgetragen wurde. Darin wird das Bezirksamt aufgefordert, die BVV umfassend und transparent über bereits jetzt erkennbare Haushaltsrisiken für die Jahre 2008 und 2009 zu informieren und ein **Konsolidierungskonzept zu erarbeiten**, um die aufgelaufenen Schulden möglichst schnell abzubauen. Ein zweiter Antrag im Mai ersuchte das Bezirksamt, die Konsequenzen aus dem Jahresabschluss 2006 zu ziehen, um das Defizit für das Jahr 2007 möglichst zu verringern.

Hintergrund ist die Feststellung, dass das Bezirksamt ihm vom Senat für bestimmte Zwecke (z.B. Hilfen zur Erziehung) zugewiesene Mittel, nicht vollständig dafür im Haushaltsplan veranschlagt und ausgegeben hat. Stattdessen wurden andere

Projekte finanziert. Diese politische Schwerpunktsetzung ist durchaus legitim. Problematisch wird es allerdings, wenn die im Haushaltsplan veranschlagten Ansätze, wie bei den Hilfen zur Erziehung geschehen, überschritten werden. Diese Überschreitungen werden in der Regel vom Senat, im Rahmen der so genannten Basiskorrektur, zu 75% abgedeckt, also erstattet. Das bedeutet, dass der Bezirk in diesem Falle „nur“ 25% der Überschreitung selber tragen müsste. Da aber in Lichtenberg eben nicht die Zuweisungen des Senats zu 100% in den entsprechenden Ansätzen veranschlagt wurden und für die Abfederung die Differenz zwischen Zumessung und tatsächlichen Ausgaben maßgeblich ist, **bleibt der Bezirk auf einem beträchtlichen Teil der Mehrausgaben sitzen.**

Um das Problem an einem virtuellen Beispiel zu verdeutlichen, folgendes **Rechenbeispiel:**

Zuweisung vom Senat für Hilfen zur Erziehung (HzE): **10,00 €**. Veranschlagung im Haushaltsplan für HzE: **8,00 €**. Tatsächliche Ausgaben für HzE (Ist): **12,00 €**. Überschreitung der Ausgaben für HzE: **4,00 €**. Differenz zwischen Zuweisung und Ist: **2,00 €**. Statt der tatsächlichen Summe

der Überschreitung von **4,00 €** werden dem Bezirk also nur **2,00 €** zu 75% abgedeckt.

Da es real um Millionensummen geht, sollte im laufenden Haushaltsjahr genau geprüft werden, ob Haushaltsansätze nach oben korrigiert werden müssen, damit die tatsächlichen Ausgaben berücksichtigt werden können. Leider wurde dieser Antrag mit einer knappen Mehrheit aus Linkspartei.PDS, WASG und Bündnis 90/Grünen ohne stichhaltige Begründung abgelehnt.

Die SPD-Fraktion steht auch weiterhin zur politischen Schwerpunktsetzung des Bezirks im Bereich Jugend, Bildung und Familie. Es jetzt geht darum, dass sich Lichtenberg diese auch in Zukunft leisten kann. Deshalb sind unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Bezirkshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Dazu reicht es nicht, nach dem Senat zu rufen. Wir wollen eigenverantwortliche starke Bezirke in Berlin und Lichtenberg muss seiner Verantwortung gerecht werden.

Gerrit Deutschmann ist Mitglied im Haushaltsausschuss der BVV Lichtenberg.

Anzeige

MAX UND MORITZ

ANTIGONE

DER RÄUBER HOTZENPLOTZ

DAS 11. GEBOT (DU SOLLST DICH NICHT ERWISCHEN LASSEN!)

STOFFEL FLIEGT ÜBERS MEER

KARAMASOW

THEATER AN DER PARKAUE
Kinder- und Jugendtheater des Landes Berlin

Karten ab 1.50 EUR / Reservierung: (030) – 55 77 52 -52 / www.parkaue.de

Fusion von Gymnasien im Süden Lichtenbergs

Die Kuh vom Eis geholt

von Boris Schymetzko, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Lichtenberg

Für ihren Vorgänger Michael Räßler-Wolff (Linkspartei.PDS) schien es die Quadratur des Kreises. Jedoch hat Kerstin Beurich (SPD) – seit November 2006 Stadträtin für Schule, Sport und Soziales im Bezirksamt Lichtenberg – den gordischen Knoten gelöst; die Kuh vom Eis geholt.

Doch der Reihe nach: Das Bezirksamt hat auf Vorlage von Stadträtin Beurich im November 2006 seinen in der vorherigen Wahlperiode (auf Initiative von Räßler-Wolff) gefassten **Beschluss über die Zusammenlegung des Hans- und-Hilde-Coppi-Gymnasiums und des Kant-Gymnasiums aufgehoben**. In einem **Bürgerentscheid im September 2006** hatten sich die Lichtenberger Wählerinnen und Wähler zuvor für den eigenständigen Erhalt des Coppi-Gymnasiums am Römerweg ausgesprochen. Beurich erklärte zum damaligen Zeitpunkt, zügig mit allen Beteiligten eine tragfähige Lösung für die drei Gymnasien im Süden Lichtenbergs entwickeln zu wollen. Besonders wichtig war ihr dabei, die betroffenen Schulen (neben Coppi- und Kant- auch das Forster-Gymnasium) mit einzu-beziehen und noch in diesem Schuljahr eine neue Lösung vorzustellen. Deshalb wurde **im Januar 2007 ein „Runder Tisch“ gegründet**. Ziel des „Runden Tisches“ war, die Schulentwicklungsplanung bei

den Gymnasien in Lichtenberg-Süd den sinkenden Schülerzahlen anzupassen. Da es im Schulgesetz vorgeschrieben ist, Gymnasien nur 3-zügig fahren zu dürfen, und die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den kommenden Jahren maximal 6 Züge zulässt, bedeutet dies zwingend, dass man dort nur 2 Gymnasien betreiben kann. Eine Fusion war somit nach wie vor unausweichlich. Nur keine

der drei Schulen wollte so richtig – Coppi sogar mit Rückendeckung des Bürgerentscheides. Was tun? Bei der ersten Tagung des Runden Tisches legten die Schulen ihre Vorstellungen zum weiteren Vorgehen in einer sachlichen und fairen Atmosphäre dar. Die Schulstadträtin betonte, dass jede Schule die gleiche Chance auf Eigenständigkeit habe. Jedoch würde die Schule, die selbständig beste-

ren, die Entscheidung zum Standort (Dolgenssee- oder Lückstraße) wird das Bezirksamt treffen. Dieses Ergebnis hat Kerstin Beurich dem Bezirksamt und dem zuständigen Bildungsausschuss der BVV vorgetragen, wobei sie engagiert dafür warb, diesem Ergebnis zu folgen, um Klarheit für das neue Schuljahr 2007/2008 zu haben. Das Bezirksamt hat sich darauf hin ausführlich mit den zukünftigen Standorten in Lichtenberg beschäftigt. Dabei wurde entschieden, dass dem Ergebnis des Runden Tisches gefolgt wird und die Gymnasien Kant und Forster am Standort Lückstraße fusionieren sollen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass **das mathematisch-naturwissenschaftliche Profil des Forster-Gymnasiums unbedingt erhalten bleibt**.

Ausschlaggebend für die Lückstraße war letztlich, dass in den Schulstandort in den vergangenen Jahren bereits 3 Millionen Euro investiert wurden. Weitere 2,8 Millionen Euro werden bis 2009 folgen. Dazu erklärte Kerstin Beurich: **„Ich freue mich sehr, gemeinsam mit den Betroffenen eine Lösung gefunden zu haben, die für alle tragfähig ist. Das dabei dem Ergebnis des Bürgerentscheides vom 17.09.2006 – das Coppi-Gymnasium am Römerweg zu erhalten – komplett entsprochen werden konnte, begrüße ich besonders.“** Rechtzeitig zum 95. Geburtstag des Kant-Gymnasiums, der am 10. Mai mit einem Kiezfest gefeiert wurde,

konnte man sich mit der Georg-Forster-Oberschule auch auf einen gemeinsamen Namen einigen: Er wird „Immanuel-Kant-Oberschule“ lauten. Das Forster-Gymnasium hat damit in dankenswerter Weise zur Lösung beigetragen. Stadträtin Beurich wird nun an die Ergebnisse des Runden Tisches anknüpfen und den weiteren Fusionsprozess vom Kant- und Forster-Gymnasium intensiv begleiten.



Kerstin Beurich (Schulstadträtin) und **Manfred Becker** (Vors. der SPD-Fraktion Lichtenberg) auf dem Schulhof des Kant-Gymnasiums

hen bleibt, auch allein das Risiko der 3-Zügigkeit tragen müssen. Es wurde Vertraulichkeit vereinbart.

Im März 2007 tagte der Runde Tisch zum zweiten Mal. Dabei konnten sich alle Beteiligten auf folgendes Ergebnis einigen: **1. Das Coppi-Gymnasium bleibt selbständig am Römerweg erhalten. 2. Das Kant- und das Forster-Gymnasium werden Gespräche über eine Zusammenlegung füh-**

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin, Tel.: 90296-3160 Fax: 57795449
e-mail: info@spd-fraktion-lichtenberg.de, web: www.spd-fraktion-lichtenberg.de, V.i.S.d.P.: Manfred Becker
Redaktion und Satz: Manfred Becker, Boris Schymetzko Alle Fotos: Boris Schymetzko